Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw) ist der Zusammenschluss von 129 Verbänden mit 80.000 Betrieben und drei Millionen Beschäftigten. unternehmer nrw ist Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vertritt die Interessen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) als dessen Landesvertretung.

05.02.2025

Zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 12. Februar 2025

„Woche der seelischen Gesundheit: Arbeit darf nicht krank machen!“ - Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/10893

Für die nordrhein-westfälischen Arbeitgeber ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz ein hohes Gut: Die Unternehmen in NRW bieten für ihre Beschäftigten ein sicheres Arbeitsumfeld mit guten und gesunden Arbeitsbedingungen. Gerade in Zeiten des Arbeits- und Fachkräftemangels haben die Betriebe selbst ein großes Interesse daran, lange Ausfallzeiten zu vermeiden, und engagieren sich dafür, dass ihre Beschäftigten sicher arbeiten und gesund bleiben. Zusätzlichen Regelungsbedarf gibt es nicht, vielmehr sollten Themen der psychischen Gesundheit differenziert betrachtet und eigentliche Ursachen wirksam bekämpft werden.

Im Einzelnen:

- **NRW-Wirtschaft im Arbeitsschutz sehr engagiert:** Die Verbände und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sind im Bereich des gesetzlich verpflichtenden Arbeitsschutzes insgesamt und der psychischen Gesundheit im speziellen sehr engagiert. Die Verbände haben maßgeblich an den Regelwerken zum Thema psychischer Belastungen in der Arbeitswelt mitgewirkt und dazu eigene Instrumente für die Betriebe zur Gefährdungsbeurteilung im Hinblick auf psychische Belastungsfaktoren entwickelt. Untermauert wurde das Engagement zudem im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung zur psychischen Gesundheit auf Bundesebene zwischen den Sozialpartnern – der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) – und dem Bundesministerium für Arbeit

und Soziales (BMAS). An weiteren Handlungshilfen zur Berücksichtigung psychischer Belastungen in der Gefährdungsbeurteilung der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) haben sich die Arbeitgeberverbände intensiv beteiligt. Aktuell wird unter Mitwirkung von unternehmer nrw im Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (ASGA), einem Beratungsgremium des BMAS zum Arbeitsschutzgesetz, eine staatliche Regel zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastungen bei der Arbeit erarbeitet. Betriebliche Prävention stellt neben der öffentlichen Gesundheitsvorsorge eine weitere Säule zur Stärkung der psychischen Gesundheit dar.

- **Freiwillige Angebote zur betrieblichen Gesundheitsförderung ebenfalls weit verbreitet:** Zusätzlich engagieren sich Unternehmen über den gesetzlichen Rahmen des Arbeitsschutzes hinaus und ermöglichen ihren Beschäftigten vielfältige Aktivitäten im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung und Prävention. Dazu zählen beispielweise Rückenprogramme, Gesundheitstage und Gesundheitsworkshops, freiwillige Schutzimpfungen, Check-Ups, persönliche Beratungsangebote. Zudem werden auch Entspannungs- und Achtsamkeitskurse angeboten, die zur Stärkung der psychischen Gesundheit der Beschäftigten beitragen. unternehmer nrw bringt sich auf Landesebene bei unterschiedlichen Initiativen, wie der BGF-Koordinierungsstelle NRW und der Landesinitiative Gesundheitsförderung und Prävention, ein und begrüßt ausdrücklich den Austausch in diesen Gremien. Auch hier ist das Thema psychische Gesundheit ein wichtiger Aspekt.
- **Zusätzliche Arbeitsschutzaktivitäten auf Landesebene nicht erforderlich:** Angesichts des breiten Engagements der Wirtschaft – sowohl von Verbänden als auch von Unternehmen – sowie des umfassenden Regelwerks im staatlichen Arbeitsschutzrecht und seitens der Berufsgenossenschaften sind weitere Initiativen zum Umgang mit psychischen Belastungsfaktoren bei der Arbeit im Rahmen des staatlichen Arbeitsschutzes auf Landesebene nicht erforderlich.
- **Herkunft psychischer Erkrankungen sachgerecht betrachten:** Die Ausführungen im vorliegenden Antrag könnten den Anschein erwecken, dass psychische Störungen ausschließlich durch die berufliche Tätigkeit entstehen. Ausgeblendet wird, dass Arbeit einen positiven Einfluss auf die Gesundheit hat. Über die Sicherung des Lebensunterhalts hinaus kann Arbeit sinnstiftend sein, das Selbstvertrauen stärken, zur Zufriedenheit beitragen und soziale Kontakte ermöglichen. Gerade in einem durch Instabilität und Krisen geprägten Umfeld kann ein gut gestalteter und sicherer Arbeitsplatz stabilisierend wirken. Psychische Probleme haben oft sehr verschiedene Ursachen, der alleinige Blick auf die Arbeit ist weder sachgerecht noch zielführend.

- **Fehlzeiten reduzieren – zeitnahe Behandlung ermöglichen:** Richtigerweise wird im Antrag der Fraktion der SPD eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von Krankheitstagen auch aufgrund psychischer Erkrankungen festgestellt. Für die Unternehmen gehen damit immense Fehlzeiten und ein enormer Kompensationsaufwand einher. Häufig resultieren die langen Ausfallzeiten aus langen Wartezeiten, bis Betroffene eine therapeutische Behandlung erfahren. Daher ist es dringend notwendig, dass flächendeckende und ausreichend vorhandene Therapieplätze zur Verfügung stehen. Trotz des hohen Anstiegs der Diagnosen wurde die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeuten seit 1999 nicht erhöht. Auch im Bereich der Routings von Betroffenen, das heißt des Aufzeichnens eines schnellen und leidensgerechten Zugangs zu psychotherapeutischen Hilfsangeboten, steckt noch viel Potential.
- **Grenzen des betrieblichen Einflusses beachten – Eigenverantwortung stärken:** Die Unternehmen können das Arbeitsumfeld gesundheitsförderlich gestalten und im Zuge der betrieblichen Gesundheitsförderung ihre Beschäftigten unterstützen, die eigene Gesundheit zu stärken. Beschäftigte verbringen jedoch nur einen begrenzten Anteil ihrer Zeit an ihrem Arbeitsplatz, vieles liegt gar nicht im Einflussbereich des Arbeitgebers. Dies setzt auch der betrieblichen Gesundheitsförderung Grenzen. Bei der Gesunderhaltung kommt es neben der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers bei der Arbeit daher in erster Linie auf die Eigenverantwortung und die Bereitschaft des Einzelnen zur Mitwirkung an. Dies gilt sowohl für den Arbeitsplatz aber auch für das private Umfeld. Daher sollte die Eigenverantwortung und die Gesundheitskompetenz in allen Lebenszusammenhängen gestärkt werden.
- **Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern:** Im vorliegenden Antrag wird u.a. auch der Blick auf psychische Belastungen von berufstätigen Eltern gerichtet. Die Unternehmen in NRW bieten ihren Beschäftigten vielfältige Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie an. Allerdings müssen dafür auch die Rahmenbedingungen stimmen, nicht alles können die Arbeitgeber leisten. Einen wesentlichen Beitrag dazu müssen das Land NRW und die Kommunen mit einer verlässlichen und bedarfsgerechten Kinderbetreuungsstruktur leisten. Zudem würde durch eine gesetzliche Arbeitszeitflexibilisierung die Vereinbarkeit zusätzlich gestärkt werden.